

# Marktwirtschaft.



## Madame Lagarde und die Inflation

- |   |  |
|---|--|
| <p><b>02</b> Forever it takes<br/>Editorial von Michael Eilfort</p> <p><b>03</b> Ehrbarer Staat? Update 2022 der Generationenbilanz<br/>Demografie und Wachstum – Zwei Krisen geben sich die Hand</p> <p><b>04</b> Kronberger Kreis<br/>Nachhaltigkeit und Wettbewerb • Sondervermögen</p> <p><b>05</b> Europas Schuldenproblem<br/>Wie sich der gordische Knoten lösen lässt</p> | <p><b>06</b> Innovationen und Unternehmertum<br/>Für eine Wiederbelebung des Leistungsprinzips</p> <p><b>07</b> Besteuerung der digitalen Welt<br/>Die Reformpläne der OECD<br/><br/>Zwischenbilanz und Perspektiven der deutschen Wirtschaftspolitik<br/>10. Kadener Gespräch</p> <p><b>08</b> Die (Berliner) Mietendebatte geht an der Realität vorbei<br/>Mieten sind erschwinglicher geworden<br/><br/>EZB-Anleihekäufe<br/>Sprengkraft für die Eurozone</p> |
|---|--|

## Forever it takes

Editorial von Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft

2011 karikierte die Stiftung Marktwirtschaft die lockere Geldpolitik des damals neuen Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB) mit der rechts abgebildeten „Sondermarke“, noch bevor Mario Draghi dann im Juli 2012 den Dammbuch vorbereitetete mit seinem berühmt gewordenen Diktum „whatever it takes“. Zehn Jahre später zeigt sich: Unsere Prognose von 2011 war quantitativ überzogen, verfehlte aber das Jahr des „Durchbruchs“ der Inflation nur knapp – und lag qualitativ, auch mit dem abgebildeten Symboltier, leider richtig: Die über lange Jahre praktizierten und ständig ausgeweiteten „unkonventionellen Maßnahmen“ der EZB sorgen heute für ziemlich konventionelle Sorgen: Schulden und Inflation. Wahrscheinlich hat der Blankoscheck Draghis im Sommer 2012 die Währungsunion zusammengehalten und den Euro kurzfristig stabilisiert. Leider haben, wie abzusehen war, einige diesen Blankoscheck anders eingelöst als gedacht. Die EZB hat Geld gedruckt und Zeit gekauft. Nationale Regierungen haben, zur Mehrung eigenen Ansehens, die niedrigen Zinsen zur Verschuldung genutzt, leider oft eher für Konsum als für Investitionen – und die Zeit verschenkt. Jetzt sind Geld und Zeit weg, Fortschritte z.B. in Italien, Portugal und Griechenland überschaubar, die Schuldenberge, fragwürdigen Staatsanleihen und eine sich beschleunigende Geldentwertung dagegen unüberschaubar. Forever it takes!

Wie konnten viele eigentlich davor die Augen verschließen (wollen), dass eine übermäßig spendable Geldpolitik mit einer Vervielfachung der Geldmenge in Verbindung mit kaum gebremster staatlicher Schuldenaufnahme unweigerlich zu Inflation führen musste? Die Frage war schon seit zehn Jahren weniger „ob“, sondern „wann“ und verstärkt durch welchen Anlass sie kommen würde. Es gibt eben keinen „free lunch“, kein „magisches“, folgenlos beliebig vermehrbare Geld. Es gibt nicht mehr den harten, soliden Euro, der bei seiner Einführung versprochen wurde, und auch die Unabhängigkeit der EZB ist Geschichte: Die Währungs„hüter“ haben sich selbst ins Abseits manövriert, weil sie ihren eigentlichen Auftrag, die Geldwertstabilität, erst relativiert, dann ignoriert haben, um – ohne demokratisches Mandat – an allen möglichen Stellen Politik zu betreiben: Wirtschaftsförderung, europäische Umverteilung, Klimaschutz und vor allem vorauseilend gefällige Staatsfinanzierung. Bequemen nationalen Regierungen hat die EZB so das Nichtstun versüßt und sie derart abhängig vom billigen Geld werden lassen, dass, bevor überhaupt eine Zinskorrektur im Sommer erfolgt, schon auf einer Sondersitzung ein Sonderhilfsprogramm für den ewigen Patienten Italien ersonnen werden muss.

Trotz zunehmender europäischer Transfers von Nord nach Süd: Auch der deutsche Staat profitiert kurzfristig sogar von all diesem Elend und hat wenig Interesse, auf Korrekturen zu drängen: Die Inflation, die in lange nicht gekanntem Ausmaß Verbraucher, Sparer, Vorsorgende und Gläubiger bedrängt, immer noch vor allem der „Taschendieb des kleinen Mannes“ ist, hilft Schuldner. Für Regierungen ist die Geldentwertung ein heimlicher Verbündeter. Nimmt man beispielsweise die bis Ende 2021 vom deutschen Staat aufgenommenen Kredite von insgesamt rund 2,48 Billionen Euro und die von der Bundesbank für 2022 erwartete Inflation von 7 Prozent, könnte der deutsche Fiskus sich allein in diesem Jahr um rund 150 Milliarden Euro Schulden, die entwertet und faktisch nicht mehr zu tilgen sind, erleichtern. Und gewinnt nebenbei auch noch durch eine progressionsbedingt überproportionale Steuer-Abschöpfung bei den Einkommen.

Das Desaster europäischer Währungs- und Fiskalpolitik wird offensichtlicher, die nächste Eurokrise steht vor der Tür. Aber statt sich auf die Verträge (Maastricht und Lissabon) und die richtigen Prinzipien (Stabilitätspakt, Unabhängigkeit der EZB, auf Stärke und Wettbewerb basierender Euro) zu besinnen, soll das Rad der Schuldenunion und der Geldvermehrung nun noch schneller gedreht werden. Wieviel Enteignung und Prekarisierung sollen Mittelschicht und Armutsgefährdeten noch zugemutet werden? Es ist Zeit, die Ursachen der Inflation und die Fehlkonstruktion der Währungsunion anzugehen, statt Trostpflaster in Form von 9-Euro-Tickets, Tankrabatt und anderem Unfug zu verteilen.



© Geier, dragann — Fotolia.com

### IMPRESSUM

Dr. Ann Zimmermann (V.i.S.d.P.)  
Stiftung Marktwirtschaft  
Charlottenstr. 60, 10117 Berlin  
www.stiftung-marktwirtschaft.de  
ISSN: 1612-9725

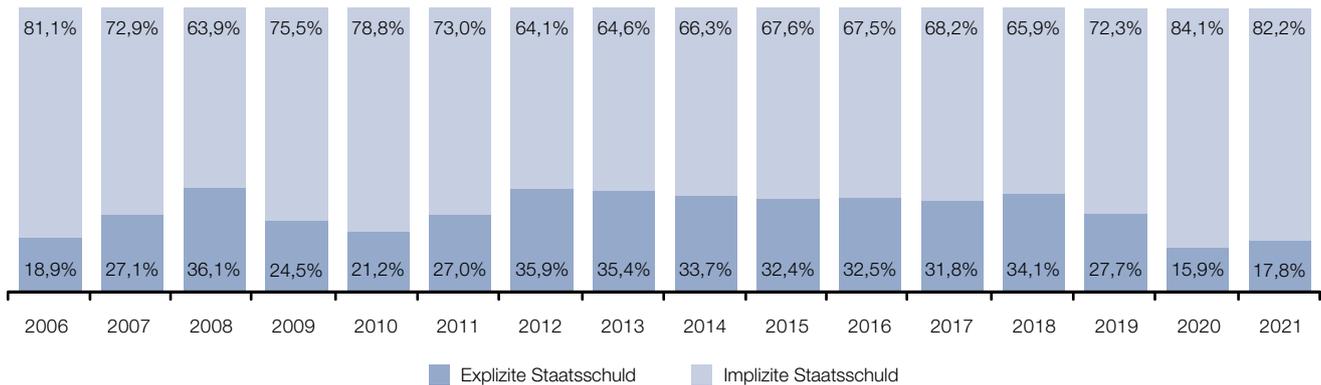
## Ehrbarer Staat? Update 2022 der Generationenbilanz

### Demografie und Wachstum – Zwei Krisen geben sich die Hand

#### Der Staat weist nur knapp ein Fünftel seiner Schulden aus

Expliziter und impliziter Teil der Staatsschulden im Zeitverlauf (in Prozent der jeweiligen Nachhaltigkeitslücke)

Quelle: Forschungszentrum Generationenverträge.



Die aktuelle Nachhaltigkeitslücke liegt mit 398,4 Prozent des BIP nur geringfügig unter ihrem letztjährigen Rekordhoch. Dies zeigen die aktuellen Berechnungen der Stiftung Marktwirtschaft und des Forschungszentrums Generationenverträge zur deutschen Generationenbilanz, die am 28.06.22 in einem Pressegespräch mit Prof. Bernd Raffelhüschen in Berlin vorgestellt wurden. Der Gesamtschuldenstand des Staates beträgt damit rund 14,2 Billionen Euro, wenn sowohl die expliziten als auch die impliziten Schulden berücksichtigt werden. Der Rückgang um 40,8 Prozentpunkte des BIP im Vergleich zu 2021 resultiert vor allem aus einer optimistischeren Steuerschätzung und damit einer positiveren prognostizierten Entwicklung der zukünftigen Staatseinnahmen.

Die heute bereits sichtbaren expliziten Schulden belaufen sich auf 71,0 Prozent des BIP und machen damit nur knapp ein Fünftel der staatlichen Gesamtverschuldung aus (s. Abbildung). Der sehr viel größere Teil der Nachhaltigkeitslücke entfällt nach wie vor auf die impliziten, d.h. heute noch nicht sichtbaren Staatsschulden. Diese belaufen sich auf 327,4 Prozent des BIP und erfassen die durch das heutige Steuer- und Abgabenniveau nicht gedeckten staatlichen Leistungsversprechen für die Zukunft. Das betrifft insbesondere die Sozialversicherungen, bei denen mit 222,4 Prozent des BIP gut zwei Drittel der impliziten Schulden zu verorten sind.

Das Fehlen eines echten Konsolidierungskurses auf der Ausgabenseite zeigt sich exemplarisch an der Rentenerhöhung 2022. Vordergründig wurden hier mit der

Wiedereinführung des Nachholfaktors und der Neuberechnung des Nachhaltigkeitsfaktors die Interessen der Beitragszahler adressiert. Tatsächlich führten aber mehrere, teils hochgradig intransparente Einzelmaßnahmen dazu, die Rentenerhöhung künstlich höher ausfallen zu lassen, als dies ohne diskretionäres Eingreifen der Politik der Fall gewesen wäre. Insgesamt bewirken die Maßnahmen des Rentenanpassungsgesetzes 2022 einen Anstieg der Nachhaltigkeitslücke der gesetzlichen Rentenversicherung um 5,8 Prozentpunkte des BIP.

Angesichts der demografischen Herausforderung, vor der die Altersvorsorge in Deutschland steht, ist es illusorisch, die doppelte Haltelinie für Rentenniveau und Beitragssatz auf Dauer aufrecht erhalten zu können. Wenn man den Nachhaltigkeitsfaktor ab dem Jahr 2026 unbeeinträchtigt wirken ließe, würden etwa 42 Prozent der demografischen Belastung von den Rentnern getragen. Demgegenüber entspräche eine dauerhafte Rentenniveauhaltelinie lediglich einem Belastungsanteil von etwa 10 Prozent. Eine solche fast vollständige Abwälzung der demografischen Belastungen auf die Jüngeren würde die Nachhaltigkeitslücke um 43,6 Prozent des BIP und damit um 1,56 Billionen Euro erhöhen. Um diesen zusätzlichen Finanzbedarf zu decken, müsste der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung auf über 27 Prozent steigen.



Die Pressemitteilung finden Sie auf der Themenseite „Generationenbilanz“

## Kronberger Kreis

### Nachhaltigkeit und Wettbewerb

Nachhaltigkeit und Klimaschutz zählen zu den großen Herausforderungen unserer Zeit. Bislang galt, dass diese Ziele durch eine Anpassung von Produktregeln, Produktions- und Steuervorschriften, gegebenenfalls auch durch Subventionen, jedenfalls aber im Wettbewerb zu erreichen sind. Nun ist jedoch eine Diskussion darüber entbrannt, ob Unternehmen bei staatlichen Regulierungsdefiziten in die Bresche springen sollen: Für „Nachhaltigkeitskartelle“ – so eine viel beachtete Forderung – soll das Kartellverbot gelockert werden, das wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen und damit eine Regulierung des Wettbewerbs durch Unternehmen bisher verbietet. Der Sache nach würde so die Regulierungsbefugnis faktisch an Unternehmen delegiert. In diese Richtung zielt auch der Vorschlag der Europäischen Kommission für neue Leitlinien zur Beurteilung horizontaler wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen: Ein „kollektiver Nutzen“ wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen soll die aus der Wettbewerbsbeschränkung resultierenden Nachteile für Verbraucher ausgleichen können.

Der Kronberger Kreis analysiert in seiner neuen Studie, ob „Nachhaltigkeitskartelle“ aus wettbewerbsökonomischer und -rechtlicher Perspektive tatsächlich zielführend sind. Kann die Europäische Union den „Green Deal“ nur auf Kosten des Wettbewerbs erreichen? Der wissenschaftliche Beirat der Stiftung Marktwirtschaft hält diese Prämisse für falsch und zeigt auf, warum für die Transformation hin zu einer nachhaltigeren Ökonomie mehr – nicht weniger – Wettbewerb erforderlich ist. Gerade der Wettbewerb fördert Innovationsanreize, spornet zu einem sparsameren Umgang mit Ressourcen an und vermeidet ineffiziente Produktionsweisen. Ein „nachhaltiges“ Wettbewerbsrecht sollte daher auch in Zukunft primär den Wettbewerb schützen.



### Green Deal auf Kosten des Wettbewerbs?

Kronberger Kreis-Studie Nr. 69

Lars P. Feld  
Clemens Fuest  
Justus Haucap  
Heike Schweitzer  
Volker Wieland  
Berthold U. Wigger

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)  
ISBN: 3-89015-131-0

### Sondervermögen Bundeswehr

STANDPUNKT

FAZ, 19.05.22

## Es fehlt ein verbindlicher Tilgungsplan für die Bundeswehr-Schulden

Von Lars Feld, Clemens Fuest, Justus Haucap, Heike Schweitzer, Volker Wieland, Berthold Wigger (Kronberger Kreis)

Der Kronberger Kreis kritisierte in seinem Gastbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 19. Mai 2022, dass der Gesetzgeber sich bei der Einführung des sogenannten Sondervermögens Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro ohne einen konkreten Tilgungsplan vor der Beantwortung der Frage drückt, zu welchen Anpassungen im Bundeshaushalt der Wegfall der Friedensdividende führt. Dadurch wird eine zentrale Funktion der Schuldenbremse beeinträchtigt.

Öffentliche Mittel sind knapp und erfordern daher zwingend eine Priorisierung. Die Aussage, das eine dürfe nicht gegen das andere ausgespielt werden, lenkt von der zentralen Verantwortung der Regierung und des Parlaments ab, genau diese Abwägungen zu treffen und die damit verbundenen Konflikte auszutragen, anstatt sie durch Verschuldung in die Zukunft zu verlagern. Die Schuldenbremse zwingt den Gesetzgeber dazu, sich dieser Verantwortung zu stellen. Das geplante Sondervermögen sollte nicht zu einem Instrument werden, um dieser Verantwortung auszuweichen.



Foto: Kay Herschelmann.

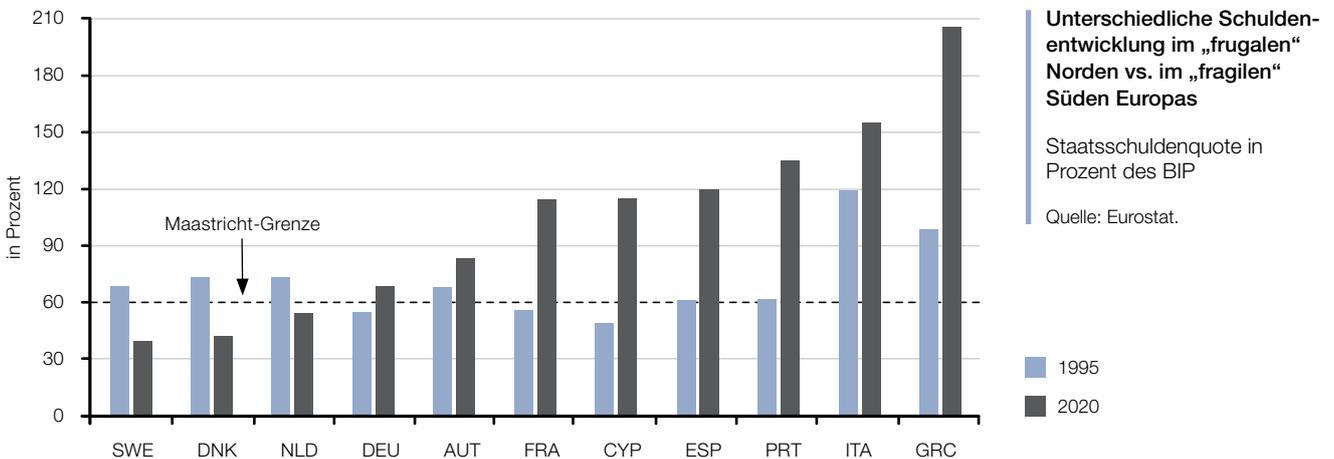
Der Kronberger Kreis: Prof. Justus Haucap, Prof. Lars P. Feld, Prof. Clemens Fuest, Prof. Berthold U. Wigger, Prof. Heike Schweitzer und Prof. Volker Wieland (v.li.).



Die Publikation und den Link zum FAZ-Artikel finden Sie auf der Webseite des Kronberger Kreises

## Europas Schuldenproblem

Wie sich der gordische Knoten lösen lässt



Europa steuert auf ein massives staatliches Schuldenproblem zu. Sieben von 19 Mitgliedstaaten der Eurozone haben inzwischen eine Schuldenquote von mehr als 100 Prozent. In Italien übersteigen die Staatsschulden das Eineinhalbfache des BIP, in Griechenland sogar das Zweifache. Mittlerweile nimmt auch die Europäische Kommission in großem Umfang Schulden für die Mitgliedstaaten auf, ohne jedoch deren Rückzahlung gesichert zu haben. Aufgrund steigender Zinsen und einer sich andeutenden globalen Rezession wachsen die Sorgen vor einer erneuten Staatsschuldenkrise in Europa. Dabei war die Eurokrise nie weg und es nur eine Frage der Zeit, wann die hausgemachten Probleme wieder deutlicher zutage treten.

Hausgemacht ist einerseits die zu geringe Wettbewerbsfähigkeit einiger europäischer Staaten. Die historisch niedrigen Zinsen haben selten zu produktivitätssteigernden Investitionen geführt, unliebsame Reformen wurden oftmals lieber in die Zukunft verlagert. Dabei hatten die Institutionen der EU mit unterschiedlich kreativer Begründung den Mitgliedstaaten mehr Zeit für Reformen erkaufte. Andererseits liegt hierin ein Kern des Problems. Die Politisierung der Fiskalregeln durch die Kommission und die anhaltende Krisenpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) steigern weder die Bindungswirkung gemeinsamer Regeln noch die Anreizwirkung zu solider Haushaltspolitik und Reformen. Übertriebene einseitige Solidarität und paternalistische Fürsorge sind kein nachhaltiges Konzept, sondern führen die Wirtschafts- und Währungsunion weiter weg von der einst versprochenen Stabilitätsgemeinschaft.

Prinzipiell gibt es zwei unterschiedliche Wege, wie Europa nachhaltige Staatsfinanzen erreichen kann, die beide

darauf hinauslaufen, fiskalische Entscheidung und Haftung auf derselben Ebene – national oder europäisch – anzusiedeln. Die Mehrheit der europäischen Bürger, Parlamente und Regierungen ist jedoch zögerlich im Hinblick auf eine weitergehende Übertragung elementarer Entscheidungs- und Durchgriffsrechte auf die europäische Ebene – Europäisierung scheint eher bei der Vergemeinschaftung von Kosten und Risiken populär. Solange dies der Fall ist, sollten Subsidiarität und Marktdisziplin wieder stärker im Vordergrund stehen und die Kommission als Hüterin der Verträge und die EZB als Hüterin der Preisstabilität glaubwürdiger in Aktion treten. Dazu bedarf es wichtiger institutioneller Reformen.



Das Argument „Europas Schuldenproblem – Wie sich der gordische Knoten lösen lässt“ finden Sie in Kürze auf unserer Themenseite „Europa“

## Innovationen und Unternehmertum

### Für eine Wiederbelebung des Leistungsprinzips in Deutschland

Innovationen bilden die Grundlage unseres Wohlstands und sind ein Schlüssel zur erfolgreichen Bewältigung der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. In Deutschland gehen Innovationstätigkeit und unternehmerische Dynamik jedoch seit Jahren zurück. Nicht nur der Anteil innovativer Unternehmen und die Zahl von Neugründungen sind rückläufig, auch die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Patente hat im internationalen Vergleich abgenommen. Zwar wird das Problem auf politischer Ebene zunehmend adressiert, entsprechende Absichtserklärungen basieren jedoch häufig auf einem falschen Verständnis von Innovationsprozessen. So ist eine der zentralen, aber oft verkannten Eigenschaften von Innovationen ihre Unplanbarkeit, die sich aus dem iterativen, dezentralen und graduellen Charakter von Innovationsprozessen ergibt. Eingebettet in marktbasierter, wettbewerbliche Feedbackmechanismen ermöglicht es zudem erst die Kommerzialisierung von Technologien und Ideen, diese zum Vorteil anderer nutzbar und zugänglich zu machen. Mit Hilfe von Innovationen real existierende Probleme zu lösen oder Bedürfnisse zu erfüllen, ist und bleibt daher eine originär unternehmerische Aufgabe.

Dementsprechend ist der wachsende staatliche Anspruch, planend und selektiv in Innovationsprozesse eingreifen zu wollen, wenig zielführend, da sich Innovationen weder einfach mit Geld kaufen noch an den Staat auslagern lassen. Vielmehr sind sie in der Regel zuallererst das Ergebnis harter Arbeit. Deshalb bedarf es einer Stärkung von Chancengerechtigkeit sowie einer Wiederbelebung des Leistungsprinzips, damit sozialer Aufstieg möglich und attraktiv ist. Nicht erst seit der Corona-Pandemie ist das wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Klima zunehmend von Bequemlichkeit, Anspruchsdenken und der Erosion



### Mehr Innovationen und Unternehmertum in Deutschland durch Wiederbelebung des Leistungsprinzips

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 163

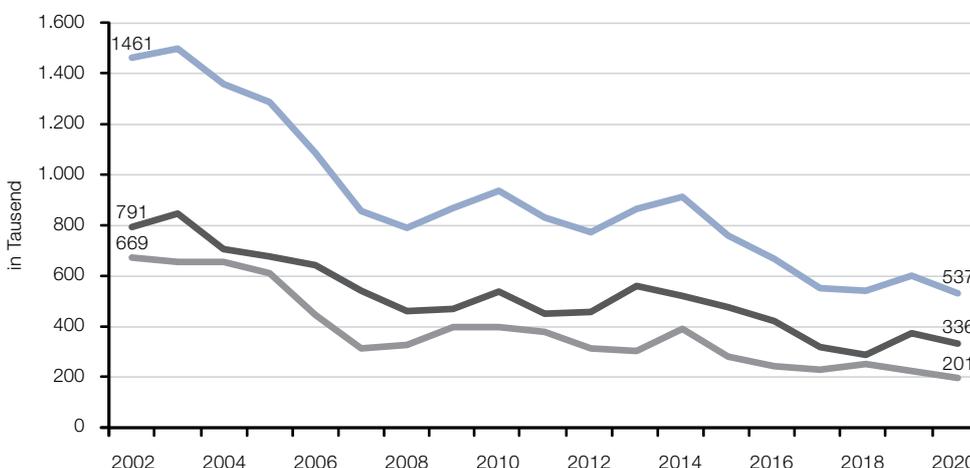
Fulko Lenz

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)  
ISSN: 1612-7072

von Leistungsanreizen gekennzeichnet. In solch einem Umfeld leidet erst die Bereitschaft und dann die Fähigkeit, Innovationen und erfolgreiche Unternehmen hervorzubringen. Wer Leistung und das Ergreifen von Chancen fördern will, muss die Nicht-Belohnung fehlender Leistung zumindest bis zu einem gewissen und sozialverträglichen Grad ertragen können. Die erforderliche Trendumkehr bedarf kontinuierlicher Arbeit und des politischen Willens, den Leistungsgedanken wieder stärker in den Fokus gesellschaftlicher Diskurse zu stellen und als Ausgangspunkt politischen Handelns zu nehmen. Auf solch einer Basis verspricht eine Innovationspolitik, die technologieoffen und strukturell wirkt, deutlich größeren Erfolg.



Das Argument finden Sie auf unserer Website unter „Publikationen“



### Gründungsaktivität sinkt in Deutschland seit Jahren

Existenzgründungen in Deutschland 2002–2020

Quelle: KfW-Gründungsmonitor.

— insgesamt  
— Nebenerwerb  
— Vollerwerb

## Besteuerung der digitalen Welt

### Die Reformvorschläge der OECD



### Von der Besteuerung der digitalen Welt zu einer neuen Weltsteuerordnung

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 161

Barbara Bültmann-Hinz  
Fulko Lenz

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)  
ISSN: 1612-7072

Die OECD hat mit ihren Reformvorschlägen eines Zwei-Säulen-Modells für eine neue, vermeintlich gerechtere globale Steuerordnung große Erwartungen geweckt. Noch für 2022 ist die gesetzgeberische Umsetzung der Regeln geplant, die das internationale Steuerrecht an die Herausforderungen der Digitalisierung anpassen und internationale Steuervermeidung reduzieren sollen. Vor dem Hintergrund der Drohkulisse eines internationalen Steuerkonflikts gerät die Frage, ob die Reformvorschläge die verfolgten Ziele tatsächlich erreichen können, allerdings zunehmend in den Hintergrund. Dabei bergen die Vorschläge – gerade für ein exportorientiertes Hochsteuerland wie Deutschland – zahlreiche Risiken. Zudem ist die Mindestbesteuerung kein Instrument, mit dem zielgenau bestehende Kanäle der Steuervermeidung und Gewinnverlagerung geschlossen werden, da deren grundsätzliche Mechanismen völlig unberührt bleiben. Nicht komplett auszuschließen ist sogar der gegenteilige Effekt, durch den das Ausmaß unerwünschter Steuergestaltung sogar noch zunehmen könnte.

Abgesehen davon ist das vorgeschlagene Modell alles andere als alternativlos. Es gäbe Möglichkeiten, unerwünschte Gewinnverlagerung durch Reformen am bestehenden Besteuerungssystem zu verhindern, anstatt dessen Komplexität durch zusätzliche, überlagernde Ebenen noch mehr zu erhöhen und weitere Rechtsunsicherheit sowie Steuerbürokratie zu schaffen. Ansatzpunkte sollten die Besteuerung von Lizenzgewinnen sowie die unterschiedliche steuerliche Behandlung von Eigen- und Fremdkapital.



Die Publikation finden Sie auf unserer Themenseite „Steuern/Staatscompliance“

## Zwischenbilanz und Perspektiven der deutschen Wirtschaftspolitik

### 10. Kadener Gespräch



Auf der Jubiläumsveranstaltung des 10. Kadener Gesprächs haben wir eine erste wirtschaftspolitische Bilanz der Arbeit der neuen Bundesregierung gezogen. Im Mittelpunkt standen dabei die Themen Digitalisierung, Innovations- und Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, Generationengerechtigkeit in der Sozial- und Finanzpolitik sowie Reformbedarf der EU und der Währungsunion, um langfristig Stabilität und Wachstum zu generieren.

Unter der Moderation des ZEIT-Herausgebers Josef Joffe Ph.D. diskutierten wir die Herausforderungen in diesen Bereichen mit Dr. Volker Wissing MdB (Bundesminister für Digitales und Verkehr), Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest (Präsident des ifo Instituts, Mitglied im Kronberger Kreis), Ralf Fücks (Geschäftsführender Gesellschafter Zentrum Liberale Moderne), Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft), Prof. Dr. Stefan Kooths (Vizepräsident des IfW Kiel) und Dr. Christoph Ploß MdB (Vorsitzender der CDU Hamburg). Ein Tagungsbericht folgt.



Mehr Informationen finden Sie auf unserer Veranstaltungsseite

# Die (Berliner) Mietendebatte geht an der Realität vorbei

Mieten sind erschwinglicher geworden



Seitdem die absolute Deckelung der Berliner Mieten im Jahr 2021 auf juristischem Wege aufgehoben wurde, ist die Debatte um bezahlbaren Wohnraum wieder neu entflammt. Die vermeintlich „exponentiell gestiegenen“ Mieten dienen als Rechtfertigung für die Verschärfung oder Einführung weiterer bzw. zusätzlicher Regulierungsinstrumente, um „sozialverträgliche“

Wohnungsmieten zu gewährleisten. Der öffentliche Diskurs fokussiert sich dabei in erster Linie auf die stark steigenden nominalen Neuvertragsmieten. Allerdings machen diese nur einen geringen Teil des Gesamtbestands aus. Zwar sind auch die Bestandsmieten in den letzten zehn Jahren gestiegen, die verfügbaren Einkommen haben im gleichen Zeitraum jedoch schneller zugenommen – folglich sind die Bestandsmieten sogar erschwinglicher geworden.

Neben einer gestiegenen Wohnraumnachfrage, die hauptsächlich durch Zuzug und soziodemographischen Wandel getrieben wird, ist der Berliner Wohnraumangel vor allem das Resultat von zu geringer Neubauaktivität und zu großer Beharrungsanreize. Das führt im Zusammenspiel mit einem einseitigen Mieterschutz zur Zementierung der Disparität zwischen Neuvertrags- und Bestandsmieten. Für eine lebendige und dynamische Stadt kann die Lösung nicht heißen, die Wohnungsbestände zu sozialisieren – damit hat gerade Berlin jahrzehntelang schlechte Erfahrungen gesammelt. Auch ist es nicht zielführend, die Nachfrage zu verwalten oder gar den Zuzug zu begrenzen. Der ökonomisch gebotene Weg aus der Misere muss angebotsseitig ansetzen. Die Legislative sollte die Regulierung des Wohnungsmarktes entschlacken und bürokratische Verwaltungsapparate ausdünnen. Gleichzeitig muss Berlin – wie auch viele andere Städte in Deutschland – auf kluge Weise wachsen. Das erfordert intelligente städtebauliche Maßnahmen, wie z.B. effiziente öffentliche Verkehrsverbindungen ins Umland oder die Entwicklung neuer Stadtzentren.



Die Kurzinformation finden Sie auf unserer Webseite unter „Publikationen“

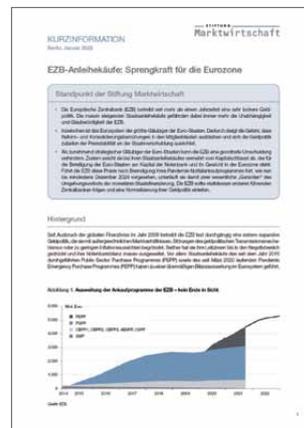
# EZB-Anleihekäufe

Sprengkraft für die Eurozone

Die Europäische Zentralbank (EZB) betreibt seit mehr als einem Jahrzehnt eine sehr lockere Geldpolitik. Aufgrund der massiv gestiegenen Staatsanleihekäufe durch das Public Sector Purchase Programme (PSPP) und das Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) sind die EZB und die nationalen Notenbanken (Eurosystem) zum größten Kreditgeber der Euro-Staaten geworden. Für die Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit der EZB ist es jedoch entscheidend, dass die Interessen von Staaten und Finanzdienstleistern die geldpolitischen Ziele der EZB nicht dominieren. Andernfalls könnte es zu einer Überschuldung im Euroraum und zu einem Abwälzen von Schuldenlasten auf die Gemeinschaft kommen. Die EZB sollte daher jeden Eindruck vermeiden, sie richte ihre Geldpolitik nicht an ihrem Mandat der Preisstabilität, sondern an der Verschuldung der Mitgliedstaaten aus.

Als zunehmend strategischer Gläubiger der Euro-Staaten kann die EZB eine geordnete Umschuldung verhindern. Zudem weicht sie bei ihren Staatsanleihekäufen vermehrt vom Kapitalschlüssel ab, gemäß dem sich die Euro-Staaten am Kapital der Notenbank beteiligen und der für ihr Gewicht in der Eurozone steht. Führt die EZB diese Praxis nach Beendigung ihres Pandemie-Notfallankaufprogrammes fort, unterläuft sie damit zwei wesentliche „Garantien“ des Umgehungsverbots der monetären Staatsfinanzierung. Je länger die extrem expansive Geldpolitik andauert, desto größer werden Marktverzerrungen und Abhängigkeiten und desto schwieriger wird es, ohne größere Marktverwerfungen aus der zu lockeren Geldpolitik

auszusteigen. Die Anleihekäufe drohen zum Perpetuum mobile mit politischer Sprengkraft für die Eurozone zu werden. Die EZB sollte stattdessen anderen führenden Zentralbanken folgen und ihre Geldpolitik normalisieren. Dabei sollte nicht nur die Zinspolitik im Vordergrund stehen, sondern eine Rückabwicklung der Ankaufprogramme angestrebt werden.



Die Kurzinformation finden Sie auf unserer Themenseite „Europa“